

Sperrfrist Redebeginn!
Es gilt das gesprochene Wort

Christopher Vogt, MdL
Vorsitzender

Anita Klahn, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Oliver Kumbartzky, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 019/2020
Kiel, Mittwoch, 22. Januar 2020

Bildung/ Friesischunterricht

Anita Klahn zu TOP 17 „Maßnahmen für mehr Friesischunterricht“

In ihrer Rede zu TOP 17 (Maßnahmen für mehr Friesischunterricht) erklärt die stellvertretende Vorsitzende und bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, Anita Klahn:

„Wir im hohen Norden sind zurecht stolz auf unsere kulturelle und sprachliche Vielfaltigkeit. Wenn man sich anguckt, wie viele verschiedene Sprachen und noch mehr Dialekte in einem so kleinen Land gesprochen werden, ist das schon beeindruckend und vor allem historisch bedeutend.

Für mich ist daher unstrittig, dass wir uns auch zukünftig gemeinsam für den Erhalt dieser besonderen Kultur engagieren sollten. Unverzichtbarer Bestandteil davon sind die Förderung und der Erhalt von Minderheitensprachen, die berechtigterweise einen besonderen Schutz genießen. Aus genau diesem Grund setzen wir uns mit einem umfangreichen Maßnahmenkatalog für eben diese Förderung ein. Vor ziemlich genau einem Jahr wurde zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem Nordfriesischen Institut eine weitere Vereinbarung beschlossen – im Übrigen auf Friesisch. Diese enthält eine Förderung von insgesamt 1,9 Millionen Euro, die das Institut bis zum Jahr 2021 finanziell ausreichend für seine Arbeit ausstattet.

Viele der geforderten Maßnahmen im vorliegenden Antrag werden größtenteils bereits umgesetzt bzw. befinden sich in der Planung für eine zeitnahe Umsetzung. Dazu gehört beispielsweise die Möglichkeit eines Abschlusses eines Zertifikatskurses oder das zur Verfügung stellen von digitalen Unterrichtsmaterialien. Kooperationen mit der Ferring-Stiftung sind an dieser Stelle sehr wertvoll. Auch die im Antrag geforderte Ernennung von friesischen Modellschulen ist bereits in einer fortgeschrittenen Planungsphase. Das Ministerium wird die ausgewählten Schulen in Kürze verkünden. Wir sehen also, dass der Antrag des SSW größtenteils Forderungen enthält, die

unsere Landesregierung bereits umsetzt oder bei denen wir konkret an einer Umsetzung arbeiten.

Allerdings müssen wir auch klar benennen, dass sich einige geforderte Maßnahmen des SSW als schwierig gestalten bzw. sich schlichtweg nicht umsetzen lassen. Das betrifft beispielsweise die erhobene Forderung nach einer Jobgarantie. Diese würde nicht nur dem Beamtenrecht fundamental widersprechen, sondern sie ist auch mit unserem Wettbewerbsansatz bei der Stellenvergabe nicht vereinbar. Gleiches gilt für die Referendariatsplätze. Die Planstellen werden letztendlich von den Schulen ausgewiesen und zur Besetzung ausgeschrieben. Auch hier können wir die Schulen nicht zwingen, spezielle Stellen für Friesischlehrer auszuschreiben, wenn es dafür keinen Bedarf gibt.

Gerne können wir uns im Ausschuss über sinnvolle Ergänzungen zu den bestehenden Maßnahmen austauschen. Ich freue mich dabei auf die konstruktive Diskussion.“